

## **Landesregierung treibt Privatisierung der Uniklinika voran – Besoldungsabsenkung ist Teil des zukünftigen Konzeptes**

Zur Privatisierung der Uniklinika erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

In der heutigen Beratung des Sozialausschusses wurde deutlich, dass die Landesregierung die Privatisierung der Uniklinika mit Nachdruck vorbereitet. Dabei werden weder eine 100prozentige Privatisierung von Teilbereichen, noch die Absenkung von Löhnen ausgeschlossen, sondern werden von der Landesregierung ausdrücklich als Möglichkeit der Konsolidierung benannt. Die Senkung von Löhnen nennt man dann „Flexibilisierung“.

Das Parlament wird nicht beteiligt – die Landesregierung gibt weder die Höhe der Gutachterkosten preis, noch will sie den Sozialausschuss an der Formulierung der Ausschreibungskriterien für das Gutachten beteiligen. So bestimmt allein das CDU-geführte Wirtschaftsministerium, wohin die Reise hingehen soll.

Offensichtlich geht die Landesregierung davon aus, dass CDU- und SPD-Fraktion das im stillen Kämmerlein vorbereitete Konzept anschließend einfach schlucken und im Parlament abnicken. Oder wird die SPD-Fraktion zu ihrer bisherigen Aussage stehen, dass mit ihr eine Privatisierung der Uniklinika nicht zu machen und dass der von der alten Landesregierung vereinbarte Beschäftigungspakt eine gute Grundlage für die Bezahlung der Beschäftigten ist?

\*\*\*